

„ ... nichts hinter dem Rücken?“

**Die SPD und die
Vertriebenenverbände
1949 bis 1977**

Schriftenreihe der Seliger-Gemeinde

**Vortrag von Dr. Matthias Müller bei der Seliger-Gemeinde
beim Sudetendeutschen Tag am 07. Juni 2014 in Nürnberg**

„...nichts hinter dem Rücken?“

Die SPD und die Vertriebenenverbände 1949 bis 1977

Vorbemerkung

„Entscheidend war für mich, jenseits der Frage des Vokabulars, dass Ostpolitik nicht hinter dem Rücken der Vertriebenen gemacht wurde. Das hieß: Sie mussten ins Vertrauen gezogen werden und selbst abwägen können, was ging und was nicht.“

Mit diesen Worten beschreibt Willy Brandt in seinen 1989 erschienenen „Erinnerungen“ die Richtschnur seiner Politik gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen. Das Versprechen, demzufolge die SPD keine Politik hinter dem Rücken der Vertriebenen vollziehen werde, war von Brandt erstmalig auf dem Schlesiertreffen 1961 ausgelobt worden. Diese auch auf zahlreichen weiteren Vertriebenentreffen proklamierte Maxime avancierte zum zentralen Kriterium, an dem der Anspruch und die Wirklichkeit der sozialdemokratischen Politik gegenüber den Vertriebenen gemessen

wurden und kulminierte im Zuge der einsetzenden Neuen Ostpolitik zum Kristallisationspunkt der vorliegenden Kontroverse. Mit dieser inhaltsschwachen Formel erzeugte die SPD eine überhöhte Erwartungshaltung, aus der sich die spätere Enttäuschung des Empfängers erklärt. Denn mit ihrem universellen und aus praktischen Gründen kaum zu genügenden Versprechen hatte die SPD die eigene Messlatte zu hoch gelegt. Es war geradezu absehbar, dass die Vertriebenenvertreter in den innerparteilichen Diskurs nicht mit einbezogen wurden und über grundlegende Veränderungen in der sozialdemokratischen Ostpolitik erst im Nachhinein Kenntnis erlangen konnten. Die vorgenannte Losung und die von ihr ausgehende Wirkung sind aus dem Rückblick als zentrale Ursachen für das in Teilen noch bis heute fortwirkende Zerwürfnis zwischen der SPD und den Vertriebenenverbänden zu betrachten.

Thesen

I) In den drei Jahrzehnten des vorliegenden Betrachtungszeitraums war das Verhältnis zwischen der SPD und den Vertriebenenverbänden durch die Abfolge „Eintracht, Entfremdung, Zwietracht“ bestimmt.

Zwischen den Heimatvertriebenen als materiell Unterprivilegierten und der SPD als Partei der Arbeiter und sozial Benachteiligten ergaben sich nach Gründung der Bundesrepublik von Anbeginn an große inhaltliche Übereinstimmungen. Neben der Sozialpolitik agierte die SPD vor allem auf dem Feld der Heimatpolitik im Sinne der Vertriebenen. Das gezielte Werben der SPD um die Gunst der Vertriebenenwähler setzte nach dem Ausscheiden des GB/BHE aus dem Bundestag ein und erhielt in der vertriebenenpolitischen Charmeoffensive, in welcher die SPD im fast monatlichen Wechsel mit dem BdV bzw. den jeweiligen Landsmannschaften zusammentraf, seinen bestimmenden Ausdruck. Weder die Union noch die anderen Parteien waren in dieser Zeit in der Lage, dem nachhaltigen vertriebenenpolitischen Werben der SPD ein eigenes Konzept entgegenzusetzen. Die beiderseitige Entfremdung erfolgte während der Phase der Großen Koalition, in der sich das ostpolitische Konzept der SPD grundsätzlich zu wandeln begann. Abgelöst wurde sie nach der sozialliberalen Regierungsübernahme durch die Phase der Zwietracht, in welcher der BdV die Neue Ostpolitik mit harten Bandagen bekämpfte.

II) Durch ihre konsequente Heimatpolitik leistete die SPD einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration der Vertriebenen in die

Bundesrepublik. Dass die – vor allem seitens der Alliierten – befürchtete Radikalisierung der Heimatvertriebenen ausblieb, ist gerade der SPD geschuldet.

Die von Kurt Schumacher schon 1945 ausgegebene Quadratmeterlosung, der zufolge die Sozialdemokratie jenseits der Oder-Neiße-Linie um jeden Quadratmeter deutschen Bodens kämpfen werde, wirkte von Anbeginn als Appell, an dem sich die Gesamtpartei ausrichtete, und bildete bis weit in die 1960er Jahre hinein das enge Korsett der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik. Inkludiert war darin die Grundhaltung, wonach die Regelung von Grenz- und Gebietsfragen ausschließlich einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben und den Vertriebenen ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat gewahrt werden müsse. Diese Position fügte sich in den politischen Grundkonsens der jungen Bundesrepublik ein. Mit dem Offenhalten der Grenzfrage wurde die politische Integration der Vertriebenen in die Bundesrepublik entscheidend befördert. Parallel resultierte aus ihrer sozialen Integration vermehrt eine auch geistige Ankunft in der neuen Heimat. Der einstige Rückkehrwunsch wurde damit konterkariert und obsolet.

III) Programmatisch steuerte die SPD in den 1960er Jahren einen wechselhaften Kurs, der den Vertriebenenverbänden nur unzureichend erläutert wurde und somit ihre Enttäuschungen wie den einsetzenden Disput beförderte. Der ostpolitische Wandlungsprozess der Partei wurde gerade durch das unklare Handeln von Fritz Erler und Willy Brandt lange verschleiert.

Während einzelne wenige Politiker wie Carlo Schmid bereits in den 1950er Jahren offen für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie plädierten, vertrat die Mehrheit der Parteiführung bis Mitte der 1960er Jahre die Ansicht, dass dies zwar parteiintern diskutiert, jedoch noch nicht öffentlich festgestellt werden könne. Entsprechend revozierte Fritz Erler seine 1959 öffentlich gewordene Ansicht, demzufolge mit Warschau bereits vor einem Friedensvertrag über die künftige Gestaltung der Grenze gesprochen werden solle. Erst 1965 wagte Erler mit seinen ostpolitischen Vorschlägen, wonach bei Verhandlungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auch die Grenzproblematik nicht ausgeklammert werden könne, einen öffentlichen Vorstoß. Dieser wurde seinerzeit als Versuchsballon gewertet, mit dem die SPD habe ausloten wollen, welchen starken Widerstand sie auf eine pragmatische Ostpolitik zu erwarten haben würde. Auch Willy Brandt glaubte ab 1946 nicht mehr an eine Rückgabe der Ostgebiete, vertrat bis 1966 jedoch den offiziellen Konsens der Bundesrepublik über den – bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung – rechtlichen Fortbestand der Grenzen von 1937. Diese innerliche Dissonanz war auch bei Brandts Rednerauftritten auf den Vertriebenenkundgebungen zu erkennen, auf denen er seine Zuhörer eher behutsam auf die angestrebte Entspannungspolitik seiner Partei vorbereitete. So ließ er seine Bereitschaft zur Aufgabe der bisherigen Rechtsposition stets nur indirekt anklingen und sprach eher allgemein davon, dass bei einem künftigen Friedensvertrag auch Opfer zu erbringen sein würden.

IV) Das beiderseitige Verhältnis wurde durch das unter die Losung „Verzicht ist Verrat“ gestellte und vorgeblich von Erich Ollenhauer, Willy

Brandt und Herbert Wehner unterzeichnete Grußwort der SPD zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien von 1963 entscheidend beeinträchtigt.

Das Grußwort zum Schlesiertreffen wurde von den Vertriebenenverbänden während ihres Kampfes gegen die Ostverträge von 1970 stets als Beleg für den vermeintlichen heimatpolitischen Verrat der SPD herangezogen. Es findet in der Forschung und Öffentlichkeit – zu Unrecht – unverändert Verwendung, um die einst besonders markigen Parolen der SPD zu dokumentieren. Dabei wird verkannt, dass sich Willy Brandt 1989 von diesem Grußwort distanzierte und auch SPD-Vertriebenenreferent Hans Stephan 1972 zu Protokoll gab, dass jene Parole ohne die Zustimmung seiner drei Unterzeichner publiziert worden sei. Vielmehr ist davon auszugehen, dass das vermeintliche Grußwort aufgrund eines innerparteilichen Abstimmungsfehlers Eingang in die Veranstaltungsbroschüre fand. Dennoch bleibt offen, weshalb direkt nach der Veröffentlichung des Grußwortes von Seiten der SPD-Führung keine Proteste laut wurden. Die Durchhalteparole erzeugte unter den Vertriebenen jedenfalls eine überhöhte Erwartungshaltung, die durch den Karlsruher SPD-Parteitag von 1964 weiter genährt wurde – hier prangte über dem Podium eine Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937, in der das Parteitagsmotto „Erbe und Auftrag“ gesetzt war. Letztlich wurde mit der reißerischen Parole „Verzicht ist Verrat“ bereits 1963 die Grundlage für die nachfolgende Enttäuschung der Vertriebenen gelegt. Im Zuge der Auseinandersetzung um die Ostverträge wurde der SPD somit ausgerechnet ein Grußwort mit ungeklärter Urheberschaft zum Verhängnis.

V) Der Tod Wenzel Jakschs markierte Ende 1966 für das beiderseitige Verhältnis einen zentralen Einschnitt. Sein geistiges Erbe wurde anschließend weder in der SPD noch in den Vertriebenenverbänden weitergetragen.

Wenngleich Jaksch gerade für seine eigene Partei kein bequemes Mitglied gewesen war, hinterließ sein Tod in der SPD wie auch im BdV ein intellektuelles und menschliches Vakuum. Die Tatsache, dass sich Jaksch bis zu seinem Tode vehement für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingesetzt und unter Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes den Ausgleich mit Osteuropa gefordert hatte, würdigte bei seiner Trauerfeier auch Willy Brandt. Dieser fasste Jakschs Wirken dahingehend zusammenfasste, dass er ein „Patriot, Europäer, kämpferischer Humanist und sozialer Demokrat“ gewesen sei. Ihn deshalb, wie von sozialdemokratischer Seite rückwirkend versucht, als einen geistigen Vater der Neuen Ostpolitik zu vereinnahmen, wird seinem politischen Erbe nicht gerecht. Ungeachtet seiner eigenen ausgleichenden Initiativen gegenüber Osteuropa hätte er einer vorfriedensvertraglichen Grenzankennung selbst keine Zustimmung erteilt. Die 1965 in seiner sog. Europa-Studie verfolgten Ansätze wurden auch im BdV nicht weitergedacht. Dort wirkt bis heute der von Jaksch ausgegebene Appell zu einer Position der patriotischen Mitte nach, demzufolge sich der Verband an der gesellschaftlichen Mitte und nicht an den politischen Rändern zu orientieren habe.

VI) In der Phase ihres ostpolitischen Kurswechsels hätte es von Seiten der SPD deutlicherer Worte bedurft, um die entspannungspolitischen Zielsetzungen den Vertriebenen verständlicher zu vermitteln.

Im Zuge ihres ostpolitischen Wandels verfolgte die SPD ab Mitte der 1960er Jahre das Ziel, sich das Wählerpotential der Vertriebenen mittels unterschiedlich auslegbarer Formeln weiter zu bewahren und bediente sich verschiedener Losungen, die im Sinne der Vertriebenen interpretierbar waren. So wurde die durch Kurt Schumacher 1945 ausgegebene Quadratmeterlosung auf dem Dortmunder Parteitag 1966 durch die weitaus weichere Zusicherung ersetzt, der zufolge die Partei bei Friedensvertragsverhandlungen von Deutschland für die Deutschen soviel wie möglich retten wolle. Der endgültige Richtungsschwenk in der sozialdemokratischen Ostpolitik, der auf dem Nürnberger Parteitag 1968 in der Formel von der Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie seinen Ausdruck fand, wurde von Seiten des BdV sodann als Bruch gegenüber den abgeleisteten Versprechungen wahrgenommen. Das nach zahllosen Zusammenkünften mit den Vertriebenenverbänden erarbeitete Vertrauen schien damit verspielt. Wenngleich vor allem Herbert Wehner durch seine beharrlichen Auftritte auf den Vertriebenentreffen unverändert um Verständnis warb, konnte auch er den angestoßenen Entfremdungsprozess nicht mehr aufhalten.

VII) Die zwischen der SPD und dem BdV im Zuge der Bundestagswahl 1969 geführte Auseinandersetzung markierte für das beiderseitige Verhältnis den Übergang von der Phase der Entfremdung zur Zwietracht.

Obzwar sich BdV-Präsident Reinhold Rehs mit dem auf dem Godesberger Parteitag 1969 formulierten Passus, „bis zu einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Demarkationslinien in Deutschland und der Grenzen im Osten [zu] gewährleiste[n]“, identifizierte, weil dieser im Vergleich zur Anerkennungsformel des Nürnberger Parteitages im Sinne der Vertriebenen interpretiert werden konnte, stellte sich die vor der Bundestagswahl angestrebte Wiederannäherung nicht ein. So wurde die Auseinandersetzung von beiden Seiten mit härteren Bandagen fortgesetzt. Wengleich sich der BdV offiziell überparteilich gab, offenbarte sich durch die geheim gehaltene Bildung von Wahlkampftruppen, wie sehr man einen möglichen Wahlsieg der sog. Anerkennungspartei zu verhindern versuchte und damit ein doppeltes Spiel betrieb. Umgekehrt versuchte die SPD durch den Einsatzplan der Gruppe Hupka, der in ausgewählten Vertriebenensiedlungen zielgruppenspezifische Veranstaltungen der bekanntesten SPD-Vertriebenenpolitiker vorsah, das Wahlverhalten der Vertriebenen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Basis für einen gegenseitigen Austausch war abhanden gekommen. Die Verwehrung eines sicheren Listenplatzes für Reinhold Rehs und sein daraus resultierender Parteiaustritt trugen ihr Übriges zu dieser Entwicklung bei.

VIII) Im Zuge der Auseinandersetzung um die Ostverträge versteifte sich der BdV ganz auf seine heimatpolitischen Rechtsgrundsätze, die jenseits der praktischen Politik nicht wirksam werden konnten.

Als zentrales Fixum fungierten im BdV das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie das Recht auf Heimat, mit denen neben der Rückkehr der

Vertriebenen in ihre Heimat auch die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 verbunden wurde. Dabei bestand zwischen der Forderung nach einem Recht auf Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat und dem parallel vom BdV propagierten Ziel, möglichst vielen in den Ostgebieten Verbliebenen die Ausreise in die Bundesrepublik zu erleichtern, ein Widerspruch. Mit der Übernahme dieser Forderungen durch die politischen Parteien wählte sich der BdV lange Jahre auf der sicheren Seite, während sich aufgrund der Zuspitzungen im Ost-West-Konflikt die bisherige Ostpolitik der Bundesrepublik immer weiter festfuhr. Die einsetzenden entspannungspolitischen Vorstöße der SPD wurden durch den BdV genau registriert. In seiner Kritik klammerte sich der BdV umso fester an die vormals von der SPD ausgegebenen Losungen. Zwar erkannte man auch im Vertriebenenverband die Disparität zwischen den eigenen heimatpolitischen Forderungen und den außenpolitischen Realitäten, dennoch orientierte man sich fortan erst recht an der von Herbert Wehner noch 1966 ausgegebenen Maxime, wonach es zwei verschiedene Fragen seien, ob man ein Recht durchsetzen könne oder man das Recht, welches nicht durchzusetzen ist, weiter wach halte.

IX) Ansätze einer eigenen ostpolitischen Strategie traten nach dem Tod von Wenzel Jaksch im BdV in den Hintergrund. Der Verband manövrierte sich sukzessive in eine Position der Selbstisolation.

Wenngleich auch BdV-Präsident Herbert Czaja strategische Denkmodelle für einen Ausgleich mit Osteuropa entwarf, blieb auch er damit innerverbandlich unverstanden. So glaubte der BdV in eigener Selbstüberschätzung viel zu lange an die bedingungslose Übernahme seiner

Forderungen durch die jeweiligen Bundesregierungen. Doch durch seinen rein statischen Standpunkt und dem unnachgiebigen Festhalten an den aufgeführten Rechtsgrundsätzen ging die Geschichte über den BdV hinweg. Als unbeteiligter Zaungast hatte der Vertriebenenverband auf den ostpolitischen Entwicklungsgang der Bundesrepublik keinen Einfluss mehr – wengleich oder gerade weil er sich als das alleinige Gewissen der Nation betrachtete, sich damit Handlungsspielräume verbaute und selbst in die gesamtgesellschaftliche Bedeutungslosigkeit manövrierte.

X) Als entscheidender Katalysator des gesellschaftlichen Bedeutungsschwundes des BdV wirkte der ab 1970 mit harten Bandagen ausgefochtene Kampf gegen die Neue Ostpolitik wie auch die unter taktischen Gesichtspunkten bedenkliche Festlegung auf die Union als den künftig alleinigen Bündnispartner.

Nach dem sozialliberalen Wahlsieg von 1969 versuchte der BdV die Unterzeichnung der Ostverträge mit allen Mitteln zu verhindern und rief die Bürger in Form zahlreicher Protestkundgebungen zum legalen Widerstand auf. Denn die von Willy Brandt und Walter Scheel getragene Regierung hatte in den Verträgen von Moskau und Warschau 1970 die Oder-Neiße-Linie zur unverletzlichen polnischen Westgrenze erklärt und damit zwar nicht de jure, so dennoch de facto die Grenzanerkennung vollzogen. Dabei kündigte sich für den BdV die Abnahme seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung bereits in den sinkenden Teilnehmerzahlen seiner zentralen Protestkundgebungen gegen die Ostverträge an. Der hartnäckige Oppositionskurs gegen die sozialliberale Bundesregierung gipfelte sodann in der Wahlaussage zugunsten der Union, welche der BdV seinen

Mitgliedern vor der Bundestagswahl 1972 erteilte. Mit dieser Entscheidung opferte der Verband die bisherige parteipolitische Neutralität einem kurzfristigen Denken und verengte sich damit langfristig den eigenen politischen Handlungsraum. Dass der Themenkomplex Flucht und Vertreibung in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend an Bedeutung verlor, kann auch als eine Folge jener Selbstisolationen betrachtet werden. Der Anschluss an die Union sowie die fortwährende Fügung an das durch Wenzel Jaksch verkündete Gebot der patriotischen Mitte bewirkten, dass sich der Vertriebenenverband den „Verheißungen“ der NPD weiterhin entsagte, und trug mit dazu bei, dass der Rechtsradikalismus parteipolitisch wieder an Bedeutung verlor.

XI) Durch die einseitige Fokussierung auf die Unionsparteien erlitt die parteipolitische Einbindung der Vertriebenenverbände in den folgenden Jahrzehnten eine Schiefelage. Diese Festlegung ermöglichte dem BdV jedoch nicht die gewünschte Durchsetzung seiner Forderungen in der politischen Praxis.

Durch die Versteifung auf die Union begab sich der BdV bis weit über die deutsche Wiedervereinigung hinaus parteipolitisch in eine Sackgasse. So war es in den nachfolgenden Jahrzehnten einzig den Unionsparteien vergönnt, sich als alleiniger vertriebenenpolitischer Sachwalter zu produzieren. Doch auch die Regierung Kohl unternahm 1982 keine Anstalten, die Ostverträge rückwirkend zu revidieren und hielt an dem von Brandt eingeschlagenen Kurs der bundesdeutschen Außenpolitik fest, der bei Beibehaltung der Westbindung eine Verbindung mit dem Osten anstrebte. Die vom BdV unveränderlich verfochtene Revision der Oder-

Neiße-Linie wurde von der Regierung Kohl sodann auch im Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht mehr thematisiert.

XII) Mit der SPD als Volkspartei und dem BdV als Interessensverband mit gesamt nationalem Anspruch standen sich zwei vollkommen unterschiedliche gesellschaftliche Akteure gegenüber. Dem Verhältnis wohnte daher von Anbeginn ein quasi vorprogrammierter Konflikt inne.

Bestand für den BdV das Hauptziel in der Wiedererlangung der Ostgebiete und zeigte er sich in diesem Punkt zu keinen Zugeständnissen bereit, war die SPD als politische Partei gerade bei der Umsetzung ihrer Entspannungspolitik auf Kompromisse angewiesen und dazu angehalten, die einst postulierten Prinzipien den politischen Realitäten anzupassen. Während die SPD frühzeitig den Wandel der Weltpolitik vom Kalten Krieg zur Détente erkannte und die Bundesrepublik – so das rückblickende Urteil Egon Bahrs – „vor den Wind der weltpolitischen Entwicklung brachte“, verlor der BdV durch das unnachgiebige Festhalten an seinen Rechtspositionen den Blick für die realpolitischen Möglichkeiten.

XIII) Eine rechtzeitige und offene Darlegung des entspannungspolitischen Willens der SPD hätte die Geschichte zwischen ihr und den Vertriebenenverbänden zweifelsohne positiv beeinflusst.

Zwar hätte sich in diesem Fall schon früher eine gegenseitige Entfremdung vollzogen, eine offene Zwietracht wäre damit zumindest jedoch verhindert worden. Umgekehrt hätte der BdV erkennen müssen, dass er sich mit seiner

Fundamentalopposition jeglicher Einbindung in diese Initiativen entzog und sich auf diese Weise unweigerlich zum gesellschaftlichen Außenseiter entwickeln musste. So war es geradezu unausweichlich, dass sich das aufgestaute Spannungspotential später in einem heftigen Streit entladen musste. Durch diesen Antagonismus beschritten zwei politisch aufeinander angewiesene Akteure fortan ihre getrennten Wege. Im Gegensatz zu der von beiden Seiten verursachten Verhärtung hätte es eines fortwährenden Dialoges zwischen der SPD und dem BdV bedurft, der auf Grundlage der einst bestehenden Eintracht einen Beitrag zu einer gemeinsam gestalteten Ostpolitik hätte leisten können. Auf beiden Seiten war die hierfür notwendige politische Reife jedoch nicht zu erkennen, zumal die eigenen Zielsetzungen über den ehrlichen Meinungs austausch gesetzt wurden und diesem im Wege standen.

XIV) Um nicht weiter ins gesellschaftliche Abseits zu geraten, hatte sich die gebietsrevisionistische Stoßrichtung des Vertriebenenverbandes den realpolitischen Konstellationen zu beugen. Diese Erkenntnis setzte sich im BdV jedoch erst um die Jahrtausendwende langsam durch und findet in der von Erika Steinbach forcierten geschichtspolitischen Offensive des Verbandes seither seinen bestimmenden Ausdruck.

Erst mit der Wahl Erika Steinbachs zur BdV-Präsidentin im Jahre 1998 setzte im BdV ein Umdenkungsprozess ein, der jenseits der ursprünglichen Rhetorik nun verstärkt den Anschluss an die gesellschaftliche Mitte suchte. Das von Steinbach 2000 in den öffentlichen Diskurs gebrachte Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ bestimmte fast ein ganzes Jahrzehnt die geschichtspolitische Debatte in der Bundesrepublik und findet in der

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin (SFVV) seine gegenwärtige Entsprechung. Das originäre „Zentrum gegen Vertreibungen“ wurde in der SPD jedoch mehrheitlich abgelehnt, weil man in diesem Projekt die Gefahr einer einseitigen „Vergangenheitsbewältigung“ erblickte, durch welche die Erinnerung an die NS-Verbrechen relativiert werden könnte.

XV) Der geschichtspolitische Dissens zwischen der SPD und dem BdV ist in seinem Kern als eine späte Folge der in den dreieinhalb Jahrzehnten zuvor geführten Auseinandersetzung zu betrachten. Die wechselseitigen Wiederannäherungsinitiativen beginnen erst allmählich Früchte zu tragen.

Mit der Phase der Zwietracht wurde das wechselseitige Verhältnis zwischen der SPD und dem BdV mehr als drei Jahrzehnte auf Eis gelegt. Die einstige Verhärtung bewirkte, dass die politische Linke – so die spätere betont versöhnliche Einschätzung Otto Schilys im Jahr 1999 – über das Leid der Heimatvertriebenen lange Jahre hinweg sah. Als ebenso einsichtig ist auch das jüngste Eingeständnis Erika Steinbachs zu werten, wonach ihr Verband an der Verhärtung und Abschottung nicht völlig schuldlos gewesen sei. Solche Einsichten bilden die entscheidende Basis für den zwischenzeitlich in Gang gesetzte Annäherungsprozess.

Epilog

Für den zwischen der SPD und dem BdV angestoßenen Annäherungsprozess wird es entscheidend sein, welcher Umgangston fortan untereinander gepflegt, vor allem aber, welcher Konsens zwischen beiden Akteuren hinsichtlich der auf Flucht und Vertreibung bezogenen Erinnerungsarbeit gefunden wird.

Die dargelegten gemeinsamen historischen Erfahrungen sind für das Verständnis des bis heute zwischen der SPD und dem BdV noch nicht abschließend bereinigten Zerwürfnisses ebenso entscheidend wie für die Fortsetzung des indessen angestoßenen Annäherungsprozesses. Das künftige Verhältnis wird sich vor allem daran messen, wie sehr sich beide Seiten ihrer gemeinsamen Geschichte bewusst werden und welche Rückschlüsse sie daraus für das künftige Handeln ziehen. Wenngleich die Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ den bestehenden Dissens eher beförderte denn entschärfte, gewährt die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) aufgrund ihrer angestrebten wissenschaftlichen Breite sowie der heterogenen Zusammensetzung ihres Stiftungsrates beiden Seiten für einen möglichen gemeinsamen Weg nun die erforderliche Basis. Welches Wertmaß beide Akteure ihrem wechselseitigen Verhältnis künftig beimessen, wird dabei das entscheidende Kriterium sein. Während der BdV aufgrund seines gesellschaftlichen Bedeutungsschwundes gerade auf den Beistand der SPD angewiesen ist, bleibt offen, inwieweit diese es als Volkspartei für erforderlich hält, den Vertriebenenverbänden wieder eine gesonderte Bedeutung beizumessen.

7

Herausgeber:

Thomas Oellermann, Seliger-Gemeinde e. V.

Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten

Oberanger 38, 80331 München

Prag, 2. Auflage 2016